



Medienmitteilung

Datum: 27.11.2017

Schweizer E-Government auf Kurs

Die Europäische Kommission publizierte am 27. November 2017 den 14. Statusbericht eGovernment Benchmark. Die Schweiz verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr in fast allen untersuchten Bereichen. Aufholbedarf besteht im Ausbau der technischen Schlüsselmodule.

Seit 2001 lässt die Europäische Kommission die Entwicklung des E-Government-Angebotes untersuchen. Der veröffentlichte Statusbericht 2017 umfasst die 28 EU-Länder sowie Island, Norwegen, Serbien, Montenegro, die Schweiz und die Türkei.

Im Rahmen von vier Lebensereignissen *Studieren, Familienleben, Arbeitslosigkeit und Arbeitssuche* und *Arbeit* von Unternehmen oder Privatpersonen untersucht die diesjährige Studie das Online-Angebot öffentlicher Verwaltungen. Gemessen werden vier Hauptindikatoren, nämlich *Nutzerorientierung, grenzübergreifende Mobilität, Transparenz* und *Basismodule*. Die Bewertung dieser Dienstleistungen orientieren sich am eGovernment Action Plan 2016-2020 der EU.

Gute Noten für die Nutzerorientierung, Aufholbedarf bei Schlüsselmodulen

Mit 78 Prozent liegt die Schweiz im untersuchten Indikator *Benutzerorientierung* im EU-Durchschnitt (80 %). Die Schweizer Behörden bieten ihre Online-Dienstleistungen vermehrt medienbruchfrei an. Die Benutzerfreundlichkeit von Internetseiten der Schweizer Behörden ist mit 93 Prozent hoch und über dem europäischen Mittel. Eine Steigerung zeigt sich auch in der *Transparenz* bezüglich Informationen zu den eigenen Verantwortlichkeiten und Leistungen (71 %). In der Nachvollziehbarkeit der Online-Transaktionen und Verwendung persönlicher Daten besteht noch Verbesserungspotential.

Aufholbedarf zeigt sich im Bereich der *Basismodule* wie der elektronischen Identität (E-ID) oder authentischen Quellen (zentrale Datenregister). Ein leichter Rückgang bei allen untersuchten Staaten zeigt sich in der *grenzüberschreitenden Mobilität*, das heisst der Nutzung von nationalen E-Government-Dienstleistungen über die Landesgrenze hinaus. Dies lässt sich auch damit erklären, dass die E-ID eine wichtige grenzüberschreitende Anwendung ist. Im Rahmen der E-Government-Strategie Schweiz sollen diese Basisinfrastrukturen etabliert werden.

Für Rückfragen:

Barbara Lüthi, Stv. Kommunikationsverantwortliche
E-Government Schweiz / Informatiksteuerungsorgan
des Bundes
+41 58 469 61 66, barbara.luethi@egovernment.ch

Folgende Beilage(n) finden Sie als Dateianhang dieser Mitteilung auf www.efd.admin.ch:

- E-Government-Benchmark der europäischen Kommission 2017